

RESOLUTION DES REGIONALRATES DES REGIERUNGSBEZIRKS ARNSBERG ZU DEN WALDSCHÄDEN IN FOLGE DES ORKANS „KYRILL“

Der Orkan „Kyrill“ ist der bislang schwerste Sturm in nordrhein-westfälischen Wäldern, insbesondere im Regierungsbezirk Arnsberg. Seine Schäden und Folgen konzentrieren sich auf die Kreise und Waldlandschaften unseres Regierungsbezirkes.

25 Millionen umgestürzte Bäume, 12 Millionen Festmeter Holz auf 50.000 Hektar Kahlfäche sind Kennziffern, die einen Teil des Schadens abbilden, der nach ersten Schätzungen mehrere hundert Millionen Euro beträgt. Nicht berücksichtigt sind die drohenden Schäden durch eine Massenvermehrung des Borkenkäfers.

Für viele Waldbauern und Waldarbeiter bedeutet die Lage zugleich eine lebensgefährliche Situation bei den begonnenen Räumarbeiten.

Der Sturm hat unübersehbare Wunden in die Natur und Landschaften unseres Regierungsbezirks geschlagen, die zu heilen mehre Generationen dauern wird. Umso dringlicher ist jetzt entschlossenes und direkt greifendes Handeln mit gut abgestimmten und auch nachhaltig angelegten Maßnahmen.

Gefordert ist die Solidarität in der Region, aber auch die Solidarität und konkrete Hilfe des ganzen Landes. Die Sturmfolgen stehen für unsere Region und zahlreiche Betroffene, wie z.B. rund 30.000 Waldbauern und zahlreiche touristische Betriebe, der Tragweite von Hochwassern am Rhein oder der Eis- und Stromkatastrophe im Münsterland nicht nach. Die bisher vom Land zugesagten Hilfen (Förderung und Personaleinsatz) können nur ein erster Schritt sein. Sie sind lediglich ein „Tropfen auf den heißen Stein“ und müssen dem bisherigen Standard angepasst werden. Wir verweisen auf Baden Württemberg, welches nach dem Orkan „Lothar“ 50 Millionen Euro Landesmittel bereitgestellt hatte.

Schäden im Wald

Wir begrüßen, dass vor Ort durch Kreise, Verbandsorganisationen, Forstbehörden und Land unverzüglich gehandelt wurde, u.a. mit der Einrichtung des Informations- und Kommunikationszentrums als Anlaufpunkt für die Waldbesitzer und Logistikstützpunkt. Die jüngsten Entwicklungen unterstreichen – diesmal leider mit traurigem Anlass – dass es dringend geboten ist, die Zentrale des Landesbetriebes Wald und Holz NRW in die walddreichste Region Nordrhein-Westfalens zu verlegen, so wie es die Forstreform mit dem zukünftigen Standort Arnsberg vorsieht.

Wir begrüßen grundsätzlich das **Sofortmaßnahmenkonzept der Landesregierung (Krisen- und Arbeitsstab Forst Südwestfalen**, Personalverstärkungen, Schadensaufnahme, Holzabsatzstrategie, günstige Kredithilfen und Bürgschaften, Erhöhung der Nutzlasten, unbürokratisch mögliche Beschäftigung von ausländischen Spezialisten und Sonntagsarbeit etc.) und die eigenen Initiativen z.B. des privaten Waldbesitzes.

Wir fordern die Landesregierung auf

- sich beim Bund dafür einzusetzen, den Förderplanfonds innerhalb der EU-Programms „Gemeinschaftsaufgabe Agrarförderung und Küstenschutz“ durch ein Sonderprogramm „Kyrill“ zu erweitern.
- sicher zu stellen, dass die Finanzverwaltungen günstige Einzelfallentscheidungen für betroffene Betriebe treffen können und ihnen mit Stundungen, Herabsetzung der Vorauszahlungen und anderen Möglichkeiten soweit als irgend möglich helfen.
- unverzüglich alle verfügbaren Kräfte im Landesbetrieb Wald und Holz für die Räumaufgaben im Regierungsbezirk Arnsberg bereitzustellen (und bitten dazu auch die Personalvertretung im Landesbetrieb um aufgeschlossene Mitwirkung).
- die Vermarktung und eine notwendige professionelle Logistik für die enormen Holzmen gen zu organisieren und zu bündeln und mit höchster Priorität zu behandeln, da die derzeit vorhandenen Möglichkeiten der örtlichen Forstverwaltungen und Absatzstrukturen nicht ausreichend sind.

Schäden für den Tourismus

Der Schaden für den Tourismus wird ähnlich hoch beziffert wie die Schäden im Wald. Das gut markierte Wander-, Rad- und Loipenwegenetz der Region ist zu einem großen Teil erheblich im Mitleidenschaft gezogen worden. Gleiches gilt für die Infrastruktur wie Wege, Bänke Schutzhütten und Parkplätze. Für die Wege gilt, das sie nach Ende der forstlichen Aufräumarbeiten ohne grundlegende Instandsetzung kaum noch zu benutzen sein werden.

Wir fordern die Landesregierung auf:

- für Regelungen zu sorgen, die das Betreten des Waldes ermöglichen und gleichzeitig die Notwendigkeiten der Waldbauern berücksichtigen (Wegegebot).
- mit zusätzlichen Mitteln des Landes dringende Maßnahmen zur Existenzsicherung der Betriebe und zur Wiederherstellung der Wald-Infrastrukturen für den Fremdenverkehr zu ermöglichen.
- ein Maßnahmenpaket „Verkehr“ für die stark von Sturmschäden direkt betroffenen Verbindungen und die vom deutlich zunehmenden LKW-Verkehr absehbar in Mitleidenschaft gezogenen Wege aufzulegen.
- ein Maßnahmenpaket „Wirtschaftsförderung“ für den Handlungsbedarf im Freizeit- und Tourismusbereich unverzüglich gemeinsam mit der Region zu entwickeln und mit Landesmitteln auszustatten.

Unsere Solidarität gilt den betroffenen, in vielen Fällen existenziell gefährdeten Menschen in unserer Region, die als Waldbauern, Forstleute, Holzverarbeiter oder als Dienstleistende in Freizeit und Tourismus direkt unter den Auswirkungen des Orkans zu leiden haben.

Der Regionalrat Arnberg fordert die Bezirksregierung auf, in den nächsten Sitzungen des Regionalrates fortlaufend Bericht zu erstatten.